

FRANK-WALTER STEINMEIER (HRSG.)

ZUR ZUKUNFT DER DEMOKRATIE

36 Perspektiven

FRANK-WALTER STEINMEIER
(HRSG.)

ZUR ZUKUNFT DER DEMOKRATIE

36 Perspektiven

Siedler

Sollte diese Publikation Links auf Webseiten Dritter enthalten, so übernehmen wir für deren Inhalte keine Haftung, da wir uns diese nicht zu eigen machen, sondern lediglich auf deren Stand zum Zeitpunkt der Erstveröffentlichung verweisen.

Realisiert in Zusammenarbeit und mit Unterstützung der Bertelsmann Stiftung.
www.bertelsmann-stiftung.de



Penguin Random House Verlagsgruppe FSC® N001967

1. Auflage

Copyright © 2022 by Siedler Verlag, München,
in der Penguin Random House Verlagsgruppe GmbH,
Neumarkter Str. 28, 81673 München

Umschlaggestaltung: Büro Jorge Schmidt, München

Satz: Ditta Ahmadi, Berlin

Druck und Bindung: GGP Media GmbH, Pößneck

Printed in Germany 2022

ISBN 978-3-8275-0161-5

www.siedler.de

INHALT

ZUR ZUKUNFT DER DEMOKRATIE. EINE ERÖFFNUNG

- Frank-Walter Steinmeier** Wir sind eine Republik! Wie wir die Demokratie zu unserer Zukunft machen 11

WELCHE ZUKUNFT HAT DER WESTEN? VON DER HERAUSFORDERUNG UNSERER WERTE

- Heinrich August Winkler** Das unvollendete Projekt. Bemerkungen zur Krise der politischen Kultur des Westens 37
- Susan Neiman** Zu einer universalistischen Zukunft des Westens. Solidarität statt Toleranz 47
- Parag Khanna** Eine glaubhafte Führungsrolle. Von Aufwand und Ertrag der Demokratie 55

GESELLSCHAFT OHNE POLITIK? VON UNSEREM INSTITUTIONENVERSTÄNDNIS IN DER INDIVIDUALISIERUNG

- Christoph Möllers** Ein zugewandtes Leben. Der bedrohliche Rückzug aus der Politik 67
- Donatella della Porta** Innovation gestalten. Das Potenzial sozialer Bewegungen 75
- David Van Reybrouck** Das Präferendum. Ein »Missing Link« zwischen repräsentativer und deliberativer Demokratie 85

POLITIK DER EMOTION? VON RESENTIMENTS UND DEMOKRATISCHER LEIDENSCHAFT

- Ute Frevert** Politisch fühlen. Eine Geschichte von Chancen und Risiken 101

Andreas Hollstein Schule der Demokratie. Plädoyer für eine kommunale Debattenkultur	111
Bernhard Pörksen Wutmüdigkeit. Über die Kunst des konstruktiven Streits	121
Cornelia Koppetsch Von Ressentiments getrieben. Soziale Spaltungen und der Aufstieg des Rechtspopulismus	131

FAKT ODER FAKE? VOM REALITÄTSSINN DER DEMOKRATIE IN DER NEUEN MEDIENÖFFENTLICHKEIT

Michael Butter Eine gute Ausgangsposition. Verschwörungstheorien als Herausforderung für die Demokratie	141
Julia Stein Von den Jüngeren lernen. Die demokratische Verantwortung der Medien	149
Ulf Poschardt Lasst uns streiten. Die notwendige Auseinandersetzung um Fakten	157
Jeff Mason Eine Säule der Demokratie. Von Beharrlichkeit im Journalismus und dem Raunen von Fake News	167

EINE NEUE TRANSATLANTISCHE KOOPERATION? VOM DIGITALEN STRUKTURWANDEL DER ÖFFENTLICHKEIT

Margrethe Vestager Die digitale Agora. Europäische Weichenstellungen für eine digitale Öffentlichkeit	179
Ben Scott Grenzen für Big Tech. Ein transatlantisches Bündnis in der Digitalpolitik	191
Armin Nassehi Digitale Demokratie. Wie technische Entwicklung den demokratischen Rechtsstaat herausfordert	201

ALLES GLAUBENSsache? VOM VERHÄLTNISS VON DEMOKRATIE UND RELIGION

Hans Joas Einladen, nicht ausgrenzen. Religion und demokratischer Wertekonsens	211
---	-----

- Mouhanad Khorchide** Glaube an die Freiheit. Vom Beitrag des Islams für eine freiheitlich-demokratische Grundordnung 221
- Evelyn Finger** Wie tröstet man die Untröstlichen? Von der Rolle der Kirchen in der Pandemie 231

WAS KANN DIE KUNST? VON DER DEMOKRATISCHEN KRAFT DER LITERATUR

- Daniel Kehlmann** Was kann Literatur? Ein Streitgespräch 243
- Eva Menasse** Die rote Linie. Von der Freiheit der Kunst in der demokratischen Gesellschaft 249
- Salman Rushdie** Pandemie. Eine persönliche Auseinandersetzung mit dem Corona-Virus 257

IMMER BESSER? VOM DEMOKRATISCHEN FORTSCHRITT

- Maren Urner** Raus aus der Vorstellungskrise. Warum demokratischer Fortschritt im Kopf beginnt 273
- Steven Pinker** Aufklärung jetzt. Über gleiche Rechte 283
- Ian McEwan** Eine parallele Tradition. Über Wissenschaftsliteratur 293

CORONA ALS TESTFALL? VON DER PANDEMIE ALS BEWÄHRUNGSPROBE FÜR DIE DEMOKRATIE

- Herta Müller** Die Zeit ist ein Dorf und die Angst hat das kürzeste Gesicht 305
- Rainer Forst** Dynamiken des Vertrauens. Demokratie und Solidarität in der Krise 317
- Daniel Ziblatt** Der wirksame Staat. Was uns die Corona-Pandemie über die Widerstandsfähigkeit von Demokratien sagt 327

WIE GELINGT INKLUSIVE TRANSFORMATION? VON VERÄNDERUNG UND ZUSAMMENHALT IN UNSERER DEMOKRATIE

- Maja Göpel** Lebendige Demokratie. Wie Bürokratie zur Zukunftsmacherin wird 337
- Wolfgang Merkel** Das Klima und die Demokratie. Von großen Sprüngen und kleinen Schritten 349
- Udo Di Fabio** Transformation und Demokratie 361

WELCHE ZUKUNFT HAT EUROPA? VON GEFÄHRDUNGEN UND NEUER KRAFT FÜR DIE EUROPÄISCHE DEMOKRATIE

- Daniela Schwarzer** Europas demokratische Resilienz. Orientierung in einer Welt des Systemwettbewerbs 375
- Adam Tooze** In der Schieflage. Finanzpolitik als Herausforderung für die europäische Demokratie 385
- Ivan Krastev** Die Opfer der Älteren. Wie Demografie liberale und illiberale Politik beeinflusst 397
- Luuk van Middelaar** Die Neuerfindung der Politik. Von der europäischen Depolitisierung zu einer neuen Öffentlichkeit 409
- Kurzviten 421
- Forum Bellevue zur Zukunft der Demokratie -
Veranstaltungsübersicht 428
- Rechtenachweise 430

ZUR ZUKUNFT DER DEMOKRATIE

Eine Eröffnung

Wir sind eine Republik!

Wie wir die Demokratie zu unserer Zukunft machen

In den vielen persönlichen Gesprächen, die ich in den letzten Jahren als Bundespräsident führen durfte, war ich immer wieder beeindruckt von dem gesellschaftlichen Engagement der Bürgerinnen und Bürger unseres Landes. Ob im sozialen, kulturellen oder ökologischen Bereich, im Ehrenamt oder im Beruf, in der Familie oder in der Nachbarschaft, in der Stadt oder auf dem Land: Unsere Gesellschaft verfügt über ein starkes Netz an gegenseitiger Hilfeleistung, ja: an Solidarität. Es stimmt eben nicht, dass die Menschen nicht über den Tellerrand der eigenen Interessen hinausdenken – sie erweisen sich jeden Tag als soziale, einander zugewandte Wesen. Die Solidarität in der Corona-Pandemie und in der Hochwasserkatastrophe in Rheinland-Pfalz und Nordrhein-Westfalen im Juli 2021 haben das eindrucksvoll unter Beweis gestellt. Für unsere Demokratie ist das eine gute Nachricht. Aber noch nicht die ganze Antwort.

Denn unsere Demokratie wird angefochten. Die liberalen Demokratien stehen heute weltweit – anders als wir nach dem Ende des Kalten Krieges gehofft hatten – unter Druck und befinden sich in einer fortdauernden und weiter zunehmenden Konkurrenz mit anderen, autoritären Entwürfen von politischer Ordnung. Der Druck ist auch von innen gewachsen – aber er steht im Kontext einer größeren internationalen Entwicklung, die mit den Freiheits- und Bürgerrechten infrage stellt, was uns als Demokratie ausmacht. Doch selbst wenn unsere demokratische Zukunft offen ist und wir sie jeden Tag aufs Neue mit Leben erfüllen müssen, so liegen doch all diejenigen falsch, die ihre Erosion für unausweichlich halten.

Die liberale Demokratie ist unsere Zukunft, wenn wir uns ihrer Stärke und ihrer realen Möglichkeiten vergewissern.

Ich nehme wahr, dass auch in unserem Land Skepsis – und in Teilen auch Feindseligkeit – gegen unsere demokratischen Institutionen und ihre Vertreterinnen und Vertreter wachsen. Diese Abwendung ist gefährlich, denn unsere Demokratie ist nur so stark wie die Bürgerinnen und Bürger, die sie tragen. Sie ist nur so stark, wie Menschen bereit sind, sich für die Demokratie zu engagieren. Gerade jetzt, im Angesicht der Misstrauensbekundungen, haben wir aber die Chance, neu zu erkennen, dass dieser demokratische Staat »unser Staat« ist, dass seine demokratischen Institutionen »unsere Institutionen« sind. So können wir zu neuer innerer Stärke finden, aus der auch die Abwehrkraft gegen Anfechtungen von außen erwächst.

Wir sollten deshalb einen vernachlässigten Begriff, der im Namen unseres Landes, der Bundesrepublik Deutschland, enthalten ist, neu entdecken: *Wir sind eine Republik!* Das bedeutet mehr als nur die Abkehr von der Monarchie, jedenfalls dann, wenn wir den Anspruch ernst nehmen, der sich mit diesem Begriff verbindet. Wir sind Bürgerin und Bürger im politischen Sinne des Citoyens geworden. Wir haben uns zu Subjekten politischer Selbstbestimmung erklärt. Und dies ist alles andere als eine Belanglosigkeit. *Wir sind eine Republik* bedeutet, dass unsere Demokratie von der bürgerschaftlichen Einmischung in die öffentlichen Belange getragen ist. Republikanisch zu denken und zu handeln heißt, diese bürgerschaftliche Aneignung bewusst zu vollziehen, diese Trägerschaft der *res publica* bewusst anzunehmen. Als Haltung, aber noch mehr im Tun!

Das Republikanische der liberalen Demokratie

Die republikanische Haltung, für die ich plädiere, kann nur eine *demokratische* sein. Ein gestärktes Vertrauen in die Institutionen, in denen unsere öffentlichen Belange zum Ausdruck kommen,

entsteht dann, wenn wir uns als Bürgerinnen und Bürger immer wieder aufs Neue klarmachen, dass wir in der Demokratie ihre aktiven Trägerinnen und Träger sind. Die »öffentliche Sache« kann sich – sinnvoll verstanden – überhaupt nur demokratisch herausbilden. Ein gestärkter Republikanismus zielt deshalb *nicht* auf die Verpflichtung der Bürgerinnen und Bürger zum Einsatz für ein Gemeinwohl, das von vornherein schon feststünde. Er zielt vielmehr darauf, unsere Demokratie durch plurale Einmischung und Intervention lebendig zu halten, das Allgemeinwohl im Diskurs zu ermitteln – und zugleich die gemeinsamen institutionellen Orte unserer Republik mit selbstbewusstem Stolz zu schützen.

Eine republikanische Haltung ist für mich zudem ausdrücklich auch eine *liberale* – und darf ihr nicht entgegengestellt werden, als sei politischer Wettbewerb der Republik abträglich, als stünden plurale Auffassungen und Interessen letztlich dem Allgemeinwohl im Weg. So sprechen heute die Autoritären, und sie tun es nicht ohne Wirkung. Und doch, es könnte falscher nicht sein. Eine demokratische Republik ist ohne eine liberale und damit plurale Gesellschaft nicht denkbar. Als Idee der gleichen politischen Freiheit beruht die Demokratie fundamental auf der allgemeinen Möglichkeit der Bürgerinnen und Bürger, nicht nur ihre Interessen zur Geltung zu bringen, sondern ihre eigenen Überzeugungen vom Allgemeinwohl einzubringen. Die Demokratie ist eine liberale oder sie ist nicht. Aber gerade weil Demokratie auf Vielfalt, Auseinandersetzung und Streit beruht, braucht sie dringend die gemeinsame Trägerschaft ihrer demokratischen Institutionen. Wir können die Freiheit nur in Anspruch nehmen und erhalten, wenn wir ihre Voraussetzungen – ich wiederhole es – mit Überzeugung und Engagement schützen. Bildhaft gesprochen: *Nur wenn wir unser Haus der Demokratie gemeinsam instand halten, können wir darin in Gemeinsamkeit und Vielfalt leben.*

Republikanische Zuwendung - jenseits von Abwendung und Anpassung

Ich höre immer wieder, die Idee der Demokratie sei ja eigentlich eine gute Sache, nur mit den konkreten Institutionen und ihren Protagonistinnen und Protagonisten könne man nichts anfangen. Aber ohne die konkrete gesellschaftliche Praxis in konkreten Institutionen bleibt die Idee der Demokratie: nur eine Idee. *Unsere Demokratie kommt durch unsere institutionelle Praxis überhaupt erst in die Realität – und sie muss dort lebendig gehalten werden.*

Die republikanische Alternative zur aggressiven oder resignativen Abwendung von unserer Demokratie liegt deshalb nicht darin, alles hinzunehmen oder abzunicken, sondern vielmehr in engagierter Zuwendung. Diese Zuwendung besteht nicht im routinierten Ja-Sagen, sondern in lebendiger Identifikation, zu der auch der Mut zur Kritik gehört sowie die Anstrengung, Vorschläge zu entwickeln und zur Diskussion zu stellen. *So werden Beziehungen stark – auch die Beziehung zu unseren demokratischen Institutionen.*

Nun erleben wir eine Zeit voller Veränderung. Umbrüche und Neuanfänge im politischen und wirtschaftlichen Leben – bis in den Alltag hinein – kennzeichnen die Gegenwart. Um die bürgergesellschaftliche Zuwendung zu unseren demokratischen Institutionen zu stärken, genügt es nicht, diese als Akt der bloßen Verteidigung des Bestehenden zu begreifen. Zuwendung entsteht nicht aus abwehrender Angst, sie entsteht aus der Überzeugung, dass wir unser gemeinsames Schicksal gestalten können. Und so bedarf es – in Anbetracht rasanter gesellschaftlicher Veränderungen – immer wieder aufs Neue der Kraft zur demokratischen Erneuerung. *Demokratie zu verteidigen heißt, sie lebendig zu halten.*

Die *Zukunft der Demokratie* liegt also in unserem Einsatz für die *Demokratie der Zukunft*. Was aber ist zu tun, um unsere Demokratie in die Zukunft zu tragen?

Mit der Veranstaltungsreihe »Forum Bellevue zur Zukunft der Demokratie« habe ich ein Format ins Leben gerufen, in dem ich

in nunmehr zwölf Ausgaben Persönlichkeiten aus Wissenschaft, Kultur und Politik für ein gemeinsames öffentliches Nachdenken über diese Frage gewinnen konnte. Eine Übersicht der bisherigen Foren findet sich auf den Seiten 428 und 429. Hier entstanden Schritt für Schritt Analysen und Anregungen auf ganz unterschiedlichen Feldern.

Ich habe meine Gäste gebeten, ihre Perspektiven niederzuschreiben und zu aktualisieren – und die zusammengetragenen Impulse so zugänglich zu machen. Dabei sind mir im besten Sinne republikanischer Streitbarkeit gerade auch diejenigen Perspektiven wertvoll, die ich nicht teile und die zum Widerspruch anregen. Es kommt für das Gelingen dieses Forums eben nicht darauf an, dass wir in allem einig sind, sondern dass wir die politische Kultur der argumentativen Auseinandersetzung wiederentdecken und gerade damit ihre Verächter ins Unrecht setzen.

Ich danke allen Gästen für die Bereitschaft, dass sie sich abermals auf die Frage nach der Zukunft unserer Demokratie eingelassen haben und damit ihre Perspektive in eine wichtige Debatte einbringen. Ebenso danke ich der Bertelsmann Stiftung herzlich für die Unterstützung bei der Veranstaltungsreihe wie auch bei dem vorliegenden Buch.

Die Zukunftskraft unserer Erinnerung

Die politische Kraft gleicher Freiheit lässt sich nicht in die Zukunft tragen, ohne dass wir unsere Vergangenheit lebendig halten. Die Erinnerung an die Shoah ist ein unverrückbarer Teil der Identität unseres Landes. Sie ist Grund des Grundgesetzes. Da sich Zukunft für nachkommende Generationen aber nicht allein ex negativo, nicht allein aus dem »Nie wieder!« begründen lässt, müssen wir auch unsere Demokratiegeschichte, ihre Orte und Protagonisten noch stärker zum Teil der Gedenkkultur unserer Republik machen. Die Arbeit in Bildungsstätten und an Gedenkortern, in Institutionen, Vereinen und Initiativen, sie ist weit mehr als Erinnerungs-

arbeit, sie ist Arbeit an unserer demokratischen Zukunft. Ohne die Vergangenheit als Raum der gemachten Erfahrungen, der ausgeschlagenen Möglichkeiten und des Verstehens von Zusammenhängen können wir weder beschreiben, wo wir gerade stehen, noch, welche zukünftigen Orientierungsmöglichkeiten wir haben. Dabei hat auch unsere Demokratie eine Geschichte, an die zu erinnern sich lohnt. »Wegbereiter der Demokratie« sind nicht nur historische Persönlichkeiten, sie sind auch Wegweiser für unsere Gegenwart.

Deshalb ist die Stärkung von Orten, an denen politische Bildung und Geschichtsbildung stattfinden, die Grundlage, auf der eine widerstandsfähige Republik ruht. Historische Bildung als Pfeiler einer allgemeinen bürgerschaftlichen Bildung zur Mündigkeit ist ein zentraler Auftrag jeder Demokratie, denn sie ist auf mündige, selbstbewusste Bürgerinnen und Bürger angewiesen.

Das gilt umso mehr, als neue Generationen von Bürgerinnen und Bürgern heranwachsen, die weder über eine eigene Erinnerung an den Terror des Nationalsozialismus verfügen noch ihre Eltern oder andere zu einer solchen Erinnerung befragen können. Auch sind die Herkunftsgeschichten in dem Maße pluraler geworden, wie wir zu einem Einwanderungsland geworden sind. Das historische Erbe unseres Landes, vor allem die Erinnerung an die Shoah, wird mit der deutschen Staatsbürgerschaft angenommen. Aber der gesellschaftliche Wandel macht es auch nötig, der zu lange vergessenen Kolonialgeschichte und deren Verbrechen mehr Aufmerksamkeit zu widmen. Es kommt darauf an, neue Anläufe der Geschichtsvermittlung zu nehmen, die diesen veränderten Perspektiven und Erfahrungen gerecht werden.

Das Geschenk, von vornherein in einer Demokratie aufwachsen zu dürfen, darf nicht zu einer trügerischen Selbstverständlichkeit führen, dass das ohne eigenes Zutun immer so bleibt. Der Umstand, die Kämpfe um und für die Demokratie nicht selbst gekämpft haben zu müssen, heißt nicht, dass wir die Erinnerung daran für kom-

mende Herausforderungen nicht bräuchten. Mainzer Republik und 1848er-Revolution, Arbeiterbewegung und der Kampf der Frauen um Gleichberechtigung, die Weimarer Republik und die friedliche Revolution 1989 – das mühevoll, opferreiche und von Rückschlägen geprägte Streiten für die Demokratie in Deutschland lässt uns ihren hohen Wert heute besser ermessen. Unsere demokratischen Traditionen machen uns Mut, die demokratische Zukunft selbst in die Hand zu nehmen.

Die doppelte Zumutung demokratischer Freiheit und Gleichheit

Die viel beschworene Individualisierung unserer Gesellschaft ist Ausdruck eines stark verbreiteten *persönlichen* Freiheitsgebrauchs und unterschiedlicher Lebensformen sowie eines gewachsenen politischen Selbstbewusstseins der Bürgerinnen und Bürger. Diese soziale, ökonomische und kulturelle Entwicklung ist eine gute Nachricht für unsere liberale Demokratie, ja sie ist ihre Voraussetzung.

Unübersehbar ist allerdings, dass Demokratie und Individualisierung in einem Spannungsverhältnis stehen, über das wir sprechen müssen. Unsere demokratische Republik ist eine *doppelte Zumutung* für uns als ihre Bürgerinnen und Bürger.

Zum einen sind die Bürgerinnen und Bürger die entscheidenden politischen Subjekte. In dieser Anerkennung der Selbstbestimmung liegt jedoch zugleich die *Zumutung der demokratischen Verantwortung*, sich zumindest mit den grundlegenden öffentlichen Belangen zu befassen oder, wenn man das nicht will, entsprechend für eine Nicht-Befassung einzustehen. Die politische Verantwortung ist immer da und niemals abzutreten.

Zum anderen beruht unsere Demokratie darauf, dass jede Stimme gleich zählt und sich am Ende eine Mehrheit herausbildet und durchsetzt. Demokratische Gleichheit heißt, *die eigene Freiheit auch in der Freiheit der anderen zu erkennen und anzuerkennen*. Es ist diese *Zumutung der demokratischen Gleichheit*, die gerade selbst-

bewussten Bürgerinnen und Bürgern abverlangt, Kompromisse und Niederlagen in einem republikanischen Geist anzunehmen und sie nicht als »narzisstische Kränkung« zu begreifen und zurückzuweisen.

Leidenschaftlicher Streit in leidenschaftlicher Gemeinsamkeit

Der Streit um das Allgemeinwohl kann auf *Emotionen* nicht verzichten. Gerade weil es um die öffentlichen Belange geht, also um allgemeine Ansprüche, die für alle gelten, sind Emotionen im Spiel. Die Berufung auf das eigene Gefühl kann dabei das allgemeingültige Argument nicht ersetzen. Die Anmeldung eines »Störgefühls« bedeutet mitunter nicht das Ende, sondern den Anfang einer notwendigen Debatte. Und so führt ein lebendiger Republikanismus neben der leidenschaftlichen Positionierung *im* Diskurs noch auf eine zweite unverzichtbare Überzeugung: die Akzeptanz und Verteidigung der gemeinsamen Institutionen, in denen dieser Diskurs überhaupt erst stattfinden kann.

Wer sich in die öffentlichen Belange einmischt, hat die Zuversicht, dass die Dinge zum Guten gewendet werden können, ja dass *eine bessere Zukunft* möglich ist. Die republikanische Haltung ist nicht die der Schicksalsergebenheit, des Zweckoptimismus oder des alternativlosen Gangs der Geschichte. Sie beruht vielmehr auf der Überzeugung, dass das gemeinsame Anpacken einen Unterschied macht. Ohne Frage hat nicht alles, was als »Fortschritt« etikettiert wird, diese Bezeichnung verdient. Und doch ist Fortschritt in der Geschichte kein leeres Versprechen, wenn heute weltweit viel mehr Menschen bessere Aussichten auf ein Leben in Gesundheit, mit Teilhabe am Wohlstand und mit politischer Gleichberechtigung haben als noch wenige Generationen vor uns. Gerade im Angesicht der gegenwärtigen Krisen dürfen wir uns nicht von Angst und Sorge in die Ohnmacht treiben lassen, sondern brauchen diese republikanische Zuversicht des gemeinsamen Anpackens. Der gesellschaftliche Fortschritt hin zu mehr Lebens-

chancen, mehr Gleichberechtigung und mehr Nachhaltigkeit ist keine naive Zukunftsgläubigkeit, er ist Ausdruck der Möglichkeiten und der Kraft unserer liberalen Demokratie.

Die Bedeutung guter demokratischer Repräsentation

Der Anspruch, dass Bürgerinnen und Bürger sich beteiligen, zielt keineswegs auf »politische Vollzeitbürger«, die sich permanent umfassend und detailliert mit allen politischen Entscheidungsfragen zu befassen hätten. Im Gegenteil: Eine solche Erwartung wäre kontraproduktiv, weil die Menschen im Lichte ihrer begrenzten Zeit- und Kraftressourcen daran nur scheitern könnten und de facto »zeitreiche« Milieus bevorteilt würden. Das Grundgesetz selbst hat sich aus guten Gründen für die repräsentative Demokratie entschieden. Eine starke Republik ist deshalb untrennbar verbunden mit *intakten Verfahren guter Repräsentation*. Reale demokratische Beteiligung entscheidet sich für die Bürgerinnen und Bürger vielfach daran, dass es Vertreterinnen und Vertreter gibt, die die Interessen und Überzeugungen der Bürgerinnen und Bürger vertrauenswürdig vertreten.

Deshalb brauchen wir eine *Stärkung unseres Parlamentarismus*. Die Diffamierung von Stadt- und Gemeinderäten, Landtagen oder dem Deutschen Bundestag als »volksferne Schwatzbuden« ruft die finstersten Tage der Demokratiefeindschaft in Erinnerung. Unsere Parlamente repräsentieren das Volk, sie sind die Herzkammern unserer Demokratie. Hier gilt es, die öffentlichen Belange unserer Republik repräsentativ zu verhandeln und zu entscheiden. Deshalb ist es gerade hier so wichtig, dass Bürgerinnen und Bürger sich gut vertreten sehen in ihren Überzeugungen und Auffassungen, aber auch mit ihrem Geschlecht, ihrer Herkunft oder ihrer sozialen Lage, die sie prägt. Als Repräsentantinnen und Repräsentanten der Republik haben die von uns gewählten Abgeordneten nicht nur den Auftrag, die grundlegenden Entscheidungen im Parlament und seinen Ausschüssen zu diskutieren, sondern

auch vor Ort zu informieren und in Willensbildungsprozessen zu argumentieren. Deutschland ist das Glück eines lebendigen Parlamentarismus beschieden. Und doch sollten wir darüber nachdenken, wie wir unsere Parlamente noch stärker zur öffentlichen Agora der demokratischen Diskussion und Entscheidung machen können. Imperative Mandate oder gruppenbezogene Quotierungen, die dem Wahlakt vorgelagert sind, kennt unsere Verfassung ebenso wenig wie unterschiedliche Qualitäten von Legitimität. In plebiszitären Abstimmungen gefundene Entscheidungen sind nicht etwa besser legitimiert als im Parlament getroffene Entscheidungen.

Unsere Parlamente brauchen mehr Frauen, mehr Menschen mit Migrationsgeschichte, mehr jüngere Abgeordnete, auch mehr Nichtakademikerinnen und Nichtakademiker, Arbeiterinnen und Arbeiter, eben eine repräsentative Auswahl unserer Gesellschaft. Das ist letztlich eine Pflichtaufgabe der politischen Parteien, die auswählen, wer zur Wahl antritt. Zur Stärkung unseres Parlamentarismus gehört auch eine Parlamentsgestalt, in der eine öffentliche und repräsentative Aushandlung gut möglich ist. Zu Recht wird daher seit einiger Zeit über die Parlamentsgröße und das damit zusammenhängende Wahlrecht diskutiert. Ein erneuertes republikanisches Bewusstsein bedeutet ein neues Zutrauen in die legislative Entscheidungskraft – entgegen der Tendenz einer Verlagerung von Verantwortung auf Exekutive oder Judikative.

Unter dem Aspekt einer guten Repräsentation ist es ein gutes Zeichen, dass mittlerweile auf Landes- und Bundesebene Erfahrungen mit dem Ansatz beratender *Bürgerräte* gesammelt werden. Wohlgemerkt nicht als Ersatz, sondern als Ergänzung und als Stärkung der repräsentativen Demokratie. Kern unserer Demokratie ist das Prinzip der Verantwortung der legislativen Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträger gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern in Form regelmäßiger Wahlen. Aber das Prinzip der »Zufallsbürgerschaft« ist ein guter Ansatz, um die Wahrnehmung

der Betroffenheiten, Erfahrungen, Kompetenzen und Perspektiven im Entscheidungsfindungsprozess zu erhöhen.

Die Stärkung einer Verbindung der Bürgerinnen und Bürger zu den Institutionen unserer Demokratie betrifft auch die *Regierung und Verwaltung* unserer Republik. Da ein Großteil der Gesetzesvorbereitung in den Ministerien stattfindet, muss schon dort darauf geachtet werden, die Überlegungen der potenziell Betroffenen ebenso einzubeziehen wie das Vollzugswissen der Praktikerinnen und Praktiker vor Ort. Ministerien und Verwaltungen müssen bei aller unerlässlichen Sachverständigkeit, Kompetenz und Professionalität diverser werden, damit eine plurale Gesellschaft sich in den Behörden wiedererkennt. Die Identifikation mit unserer Demokratie hängt mit der Qualität ihrer öffentlichen Institutionen zusammen, ihrer Durchlässigkeit, ihrer Bürgernähe, ihrer Erreichbarkeit und Verständlichkeit, ihrer Kompetenz und Effizienz. Viele Vorschläge einer Weiterentwicklung zukunftsfester Staatlichkeit und leistungsfähiger Verwaltung liegen auf dem Tisch und warten auf Umsetzung.

Aus der republikanischen Perspektive einer bürgerschaftlichen Trägerschaft der Institutionen unserer liberalen Demokratie spielen *die Parteien* eine ganz zentrale Rolle. Entgegen allen Abgesängen und auch Anfeindungen: Idee und Praxis der Parteien sind heute aktueller denn je. In ihnen liegt die zentrale Verbindung zwischen der Willensbildung der Bürgerinnen und Bürger und ihrer repräsentativen Überführung in die Selbstgesetzgebung unserer Demokratie. Deshalb sind wir allen Bürgerinnen und Bürgern zu großem Dank verpflichtet, die sich – zumeist ehrenamtlich – in Parteien für unsere Demokratie engagieren. Zugleich liegt in der Erkenntnis der Aktualität des Parteienprinzips auch ein Auftrag an die Parteien, sich weiter zu erneuern. Sie müssen alles dafür tun, sich für die Mitsprache und Mitarbeit der Bürgerinnen und Bürger zu öffnen und Verkrustungen immer wieder aufzubrechen. Es ist die Kernaufgabe ihrer politischen Vertreterinnen und Vertreter,

grundlegende Entscheidungen vor Ort zur Diskussion zu stellen, zuzuhören und Antworten zu geben, sowie getroffene Entscheidungen vor Ort zu vermitteln und zu erklären. Ja, leider gibt es auch in unserem politischen Alltag Fehlverhalten bis zum Missbrauch von Positionen aus Motiven der Bereicherung. Und jeder Fall ist einer zu viel und jeder schadet dem Ansehen der Demokratie. Parteiarbeit aber ist das Gegenteil eines »schmutzigen Geschäfts«, um ein weiteres Unwort aus dem Arsenal der Demokratiefeinde zu zitieren, sondern unentbehrlich im pluralen Ringen um das Allgemeinwohl in unserer Republik. Parteien tragen daher auch eine große Verantwortung.

Die Institutionen unserer Demokratie stehen auf dem Fundament einer starken Öffentlichkeit und das heißt: vieler starker »öffentlicher Räume«, in denen die Gesellschaft zusammenkommt, sich austauscht und streitet. Damit sind die großen öffentlichen Foren gemeint, die Medien und die über sie vermittelten Debatten, auch die Versammlungen auf öffentlichen Plätzen, die Treffen von Verbänden, Gewerkschaften und zivilgesellschaftlichen Organisationen. Ob aber in Schule, Universität oder am Arbeitsplatz, im Theater, in Kino oder Museum, Bahn oder Bürgerzentrum, Schwimmbad oder Bibliothek: an all diesen konkreten Orten des Zusammenlebens, an denen die kleinen und großen Dinge besprochen werden, findet die republikanische Aneignung unseres demokratischen Gemeinwesens im Alltag statt. Wir sehen nicht erst seit der Pandemie, dass die öffentlichen Räume unter Druck geraten sind, sei es durch den Kostendruck der Ballungszentren, sei es durch das Ausbluten ländlicher Räume. Deshalb ist es ein Gebot des sozialen Zusammenhalts und eine Notwendigkeit für unsere Demokratie, die öffentlichen Räume zu verteidigen und zu erneuern – und ich sage bewusst: zu finanzieren und der Ökonomisierung nicht das letzte Wort zu lassen.

Die begrenzte republikanische Praxis einer unbegrenzten Idee

Ob Parlamente oder öffentliche Räume der Begegnung und Meinungsbildung: Republikanische Einmischung und die daraus erwachsende Verbindung der Bürgerinnen und Bürger mit der Demokratie setzt konkrete Orte voraus.

Erleben wir nun im Zuge der Internationalisierung der Politik, der Globalisierung der Ökonomie und der Kultur, der expansiven Digitalisierung und Beschleunigung der Kommunikation eine Schwächung dieser Orte? Ist unsere Demokratie durch Prozesse der Entgrenzung gefährdet? Diese Frage ist schwer zu beantworten, doch sie muss gestellt werden. Die Öffnung des Nationalstaates für eine langsam Gestalt annehmende supranationale Ordnung ist zunächst keine schlechte Nachricht. Auch neue Zugänge zu Wissen und neue Möglichkeiten der Meinungsäußerung für eine größere Zahl von Menschen über digitale Foren widerspricht nicht der Demokratie. Im Gegenteil: Es liegt in der Natur des Grundgedankens gleicher Freiheit, der uns in der Demokratie verbindet, Beschränkungen aufzuheben, Verbindungen auch über regionale, nationale, sprachliche und kulturelle Grenzen hinweg zu empfinden und herzustellen. Die Ausweitung der Kommunikationszonen begründet geradezu unsere demokratische Hoffnung auf eine gute, eine bessere Zukunft. Demokratie ist und bleibt ein unvollendetes Projekt, das davon lebt, immer wieder aufs Neue dem – über ihren Status quo hinausweisenden – Bestreben institutionell gerecht zu werden. Dazu tragen internationale Organisationen bei, die nach dem Prinzip der Staatengleichheit gestaltet sind, und darüber hinaus unsere europäische Ordnung, die eigene Ansätze demokratischer Rückbindung im Europäischen Parlament entwickelt hat.

Die Demokratie ist keine Kraft, die gegen irgendwen gerichtet ist. Sie ist kein »Machtinstrument des Westens«. Sie ist ein offenes Projekt! Ohne Himmelsrichtung, ohne geografische Grenzen, ohne Hautfarbe. Ihr Anspruch und ihre Hoffnung ist auf die *Conditio humana* jedes Menschen gerichtet, auf das Bedürfnis nach Freiheit

und das Recht darauf. Demokratie ist in diesem Sinn als Menschenrecht überall »zu Hause«.

Weil das unser Maßstab ist, ist eine Abwendung von der Demokratie – auch nach dem Scheitern in Afghanistan – keine Option. Solange Menschen ihrer Würde beraubt werden, ist Gleichgültigkeit keine Option. Demokratien können sich nicht in sich selbst zurückziehen, ohne die Freiheit aufzugeben. Sich auch über die Grenzen hinweg verbunden und zuständig zu fühlen und nicht wegzuschauen, bleibt unsere Verantwortung. Die Antwort auf die Frage, wie wir die Sehnsucht nach und das Ringen der Menschen um Freiheit und Demokratie in anderen Teilen der Welt mit Selbstbewusstsein und Realitätssinn bestärken können, weil ihr Erfolg auch unser Erfolg ist, ist der eigentliche Prüfstein unserer Glaubwürdigkeit. Mit Postulaten allein wird es nicht gehen.

In diesem Sinn müssen wir jetzt, ein Jahr nach der Wahl von Joe Biden zum Präsidenten der USA, die Chance ergreifen, die Ideen »des Westens« als Chiffre für eine weltweite gemeinsame Perspektive der liberalen Demokratien neu zu beleben. Nicht nur als gemeinsame Plattform der Bürgerinnen und Bürger unserer Demokratien, sondern auch als Orientierung und Hoffnung für alle Menschen, die mit ihrem Land Teil dieser Plattform sein wollen.

Europa, Region, Nation

Wir kommen um die nur scheinbar paradoxe Erkenntnis nicht herum, dass unsere Demokratie – gerade zur Realisierung ihrer allgemeinen Ansprüche – auf begrenzte und gewachsene Einheiten angewiesen ist, in denen sich eine demokratische Praxis unter Bürgerinnen und Bürgern institutionell entfalten kann. Demokratie braucht einen Ort. Insofern ist es aus republikanischer Sicht konsequent, einen bestehenden (und erkämpften) Ort der gemeinsamen Demokratie nicht aufzugeben – national und europäisch, föderal und kommunal –, ohne einen neuen dafür zu bekommen.

Die *Europäische Union* steht beispielhaft für den Versuch der Völker Europas, auf übernationale Herausforderungen angemessen zu reagieren. Sie hat noch einen weiten Weg vor sich und ist zugleich damit beschäftigt, erreichte Standards zu halten, weil manche gern den Rückwärtsgang einlegen würden. Doch es ist unübersehbar, wie stark sich nicht nur ein europäisches Institutionengefüge, sondern auch ein gemeinsames europäisches Bewusstsein bereits herausgebildet haben. Es gehört nicht viel historisches Erinnerungsvermögen dazu, um diesen Fortschritt in Relation zu den Ausgangspunkten nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs und nach dem Ende der Block-Konfrontation deutlich zu erkennen. Eine neue, republikanische Verbindung von uns Bürgerinnen und Bürgern mit unseren demokratischen Institutionen beschränkt sich deshalb nicht auf den nationalen Rahmen, sondern findet auch in Europa ihre Anknüpfungspunkte für Einmischung und Entscheidung. Es kommt darauf an, die drängenden Zukunftsthemen wie die ökologische und digitale Transformation zu gemeinsamen europäischen Angelegenheiten zu machen.

Der historische Erfolg der EU ist ihre friedentiftende Wirkung für unseren Kontinent. Aber eine Begründung der Europäischen Union, die sich ausschließlich auf die Erfahrung der Vergangenheit beruft, wird Zwanzigjährige nicht ausreichend überzeugen. Wer die Jungen für Europa gewinnen will, muss sie mit einer Politik für die Zukunft überzeugen. Es ist zwar richtig, immer wieder zu betonen, dass in unserer vernetzten Welt kein Land allein die Aufgaben der Zukunft bewältigen kann, aber es ist nicht genug. Wir müssen beweisen, dass wir Europäerinnen und Europäer es wollen und gemeinsam auch können. Dazu gehört das Selbstbewusstsein und die Zuversicht, dass das geeinte Europa der Welt jenseits unserer Grenzen etwas anzubieten hat: Antworten und Lösungen in der Klimapolitik, in Migrationsfragen, in der Digitalisierung, bei der Abwehr gegen die Gefahren der Globalisierung.

Wichtige Orte eines revitalisierten Republikanismus sind die *Kommunen*, in denen entscheidende öffentliche Belange engagiert verhandelt und entschieden werden. Deshalb sind die Kommunen, die Stadtteile und Dörfer – bei allen neuen Möglichkeiten des digitalen Diskurses – aus republikanischer Sicht so zentral für unsere Demokratie. Sie sind es, weil dort wichtige Dinge zu entscheiden sind, die den Alltag der Menschen oft stärker berühren als nationale Gesetzgebungsvorhaben, und weil sich dort die öffentlichen Räume befinden, an denen Bürgerinnen und Bürger zusammenkommen, miteinander sprechen und streiten – auch über die ganz großen Fragen. Bei meinen zahlreichen Reisen und Begegnungen in allen Teilen unserer Republik, bei meinen Gesprächen mit Menschen, die sich vor Ort für unser Gemeinwesen engagieren, ist für mich immer wieder deutlich geworden, was jedes neue Nachdenken über unsere wertvolle föderale Struktur in republikanischem Geist in den Blick nehmen muss: die Stärkung der Kommunen und ihrer öffentlichen Räume.

Der Verweis auf diese anderen Ebenen schmälert die Bedeutung unserer *demokratischen Nationalstaatlichkeit* als maßgeblichen Bezugspunkt republikanischer Einmischung und Trägerschaft keineswegs. Eher gibt er wichtige Hinweise, wie wir uns als Nation republikanisch begreifen können. Als zentralen Raum der kommunikativen Auseinandersetzung, der demokratischen Entscheidung und der gemeinsamen Praxis. Als einen Raum, in dem West wie Ost an dem Anspruch einer gemeinsamen Republik wachsen und weiter zusammenwachsen können – auch wenn wir in den letzten drei Jahrzehnten schon viel weiter gekommen sind, als wir denken: Als eine Ebene, die für europäische Entscheidungen eine entscheidende Teilöffentlichkeit bildet und hier nicht nur exekutiv, sondern auch diskursiv und legislativ Verantwortung übernimmt.

Eine Leiterzählung für die plurale Republik

Wir leben heute in einer vielfältigen Republik – und damit auch in einer konfliktträchtigen, die einer gemeinsamen republikanischen Identifikation mit unseren demokratischen Grundlagen bedarf. Dazu gehört zu allererst unsere gemeinsame Verfassung, in der die Achtung von Menschenwürde, Freiheit und Gleichheit, Rechtsstaat und Demokratie verbrieft sind. Wir können dafür nicht dankbar genug sein. Dazu zählt aber mehr als Gesetzesgehorsam, dazu gehört die Bereitschaft, sich einzumischen, sich gegenseitig zu respektieren, auch wenn man unterschiedlicher Auffassung ist, auch solidarisch mit denen zu sein, die es schwerer haben, gehört zu werden – und gemeinsam die Orte und Institutionen zu verteidigen, in denen sich unsere Demokratie ereignet und vollzieht. Diese »republikanische Leiterzählung« beschreibt – im Geiste unserer Verfassung – die Haltung sowie die kulturellen und sozialen Anforderungen an eine gemeinsame demokratische Praxis in unserem Land.

Eine gemeinsame demokratische Praxis der Bürgerinnen und Bürger ist nur möglich, wenn wir die liberale Demokratie in ihrer sozialen Dimension begreifen. Prekäre Lebenslagen, Furcht etwa, die Wohnung nicht mehr bezahlen, die Kinder nicht mehr versorgen zu können, hat oft den verbitterten Rückzug aus der Demokratie zur Folge, wie sich beispielhaft am Rückzug aus der Stimmabgabe bei Wahlen zeigt. Aus republikanischer Sicht ist es deshalb geboten, eine engere Verbindung von *Demokratie und Arbeitsgesellschaft* herzustellen. Die demokratische Reklamation der gleichen politischen Freiheit erfordert eine Arbeitswelt, deren materieller Ertrag ein selbstbestimmtes Leben ermöglicht und in der für alle neben der Arbeit und den familiären Verpflichtungen Zeit und Kraft für die politische Befassung mit den öffentlichen Belangen bleibt. Zu den Unterschieden der Lebenslagen gehört in unserem Einwanderungsland natürlich auch die Verschiedenheit der Herkunftsgeschichten und Prägungen, denen wir gerecht werden müssen. Denjenigen, die dauerhaft bei uns bleiben, steht nicht nur

formal die deutsche Staatsangehörigkeit zu, ihnen gebührt dann auch sozial und kulturell die volle Anerkennung als Bürgerinnen und Bürger unserer Republik – mit den gleichen Möglichkeiten und der gleichen Verantwortung zur Mitwirkung. Eine gestärkte Republik ist eine gestärkte »Republik der Vielen«. Mehr als sechzig Jahre nach den Anwerbeabkommen mit Italien (1955), Spanien (1960), Griechenland (1960) und der Türkei (1961) müssen wir die unterschiedlichen Herkunftsgeschichten zum Teil unserer republikanischen Erzählung machen. Nicht einzelne »Menschen mit Migrationshintergrund« sind gekommen – wir alle sind Teil eines Landes mit Migrationshintergrund!

Dabei geht es um die Geschichten von Menschen, die unser Land entscheidend mit aufgebaut haben. Es liegt an unserer Demokratie und ihren Institutionen, die Türen in die Republik für die Bürgerinnen und Bürger mit unterschiedlichen Herkunftsgeschichten weit aufzumachen. Und es liegt an den Bürgerinnen und Bürgern, den gemeinsamen Raum der demokratischen Einmischung und Verantwortung zu betreten.

Es ist auch der *Glaube*, der unsere plurale Gesellschaft ausmacht. Zwar verliert die verfasste Religion in ihrer traditionellen volkswirtschaftlichen Gestalt an Bedeutung, dennoch verstehen sich mehr als zwei Drittel der Menschen in unserem Land als religiös. Die heutige deutsche Gesellschaft ist nicht areligiös, sondern sie ist – obwohl mehrheitlich christlich – auch Heimat anderer Religionen. Die Religion als Thema ist in den letzten Jahren mit einiger Wucht in die öffentliche Auseinandersetzung zurückgekehrt. Ich finde es wichtig, dass wir auch die damit auftretenden religiösen Konflikte nicht unter den Teppich kehren, sondern sie in der Gesellschaft austragen – so offen wie möglich, aber auch mit Respekt vor anderen Lebensentwürfen, auch vor solchen, die wir in der Sprache des Alltags gern als »traditionell« oder »orthodox« bezeichnen. Wir müssen gemeinsam nach Lösungen suchen, Regeln unseres Zusammenlebens aushandeln, aber auch Grenzen ziehen,

wo Würde und Integrität infrage gestellt werden. Das ist oft anstrengend, und es verlangt uns allen Toleranz und Kompromissbereitschaft ab. Aber das republikanische Miteinander von Menschen unterschiedlichen Glaubens kann nur gelingen, wenn wir einander zuhören und respektvoll miteinander streiten.

Die demokratische Kraft zur Transformation

Nicht nur unsere Gesellschaft steht vor gewaltigen Herausforderungen, auch unsere Demokratie. Der Begriff »Klimakrise« ist dabei fast noch eine Untertreibung. Denn der Klimawandel ist kein temporäres Phänomen, das wir bald wieder hinter uns lassen können. Wir stehen vor einer tiefgreifenden Transformation unserer Wirtschafts-, Arbeits- und auch Lebenswelt, die wir in weit größerem Tempo zu bewältigen haben, als wir es bei den bisherigen Transformationsprozessen des Industriezeitalters kannten. Dabei liegt eine Schlüsselfrage darin, wie wir die Kraft zur Veränderung mit der Kraft zum sozialen Zusammenhalt verbinden können. Eine benachbarte und mitunter vernachlässigte Frage ist dabei, wie wir uns als Demokratie unter dem Druck der Klimakrise behaupten können.

Es kommt zum einen darauf an, dass wir uns auf die *Problemlösungsstärken unserer Demokratie* besinnen: die gesellschaftliche Legitimation von Entscheidungen, der politische Wettbewerb um die beste Lösung, die Fähigkeit zur Selbstkorrektur, die Transparenz und Überprüfbarkeit von Fakten und wissenschaftlichen Positionen. Zum anderen ist in unserer Demokratie aber auch die Antwort enthalten, *was wir im Kampf gegen den Klimawandel behaupten wollen*: unsere Freiheit und unsere Gleichheit, heute und morgen. Deshalb wäre es verkürzt, die Notwendigkeit einer demokratischen Klimapolitik nur auf ihre Effektivität zurückzuführen; in ihr sind zugleich unsere Werte und unsere Ziele für die entschlossene Gestaltung einer nachhaltigen Zukunft beschrieben. Aus republikanischer Perspektive kommt es darauf an, dass wir die Klimafrage ins Zentrum der demokratischen Befassung holen. Die

Bürgerinnen und Bürger tragen die weitreichenden Entscheidungen nur gemeinsam und in Zuversicht mit, wenn sie sich auch als demokratisch Beteiligte an deren Aushandlung sehen.

Die Corona-Krise war und ist eine einschneidende gesellschaftliche Erfahrung der Gefährdung von Leben und Gesundheit sowie der Einschnitte in Freiheit und Zusammenleben. Für die Krisenresilienz unserer demokratischen Staatlichkeit, ihre Ausstattung mit belastbaren Infrastrukturen wie auch ihre Fähigkeit zur tätigen Vorausschau und Vorsorge handelte es sich dabei um eine Belastungsprobe, die nicht ohne Schlussfolgerungen bleiben darf. Unsere Demokratie muss die Kraft aufbringen, nachhaltige Lehren aus der Pandemie-Erfahrung zu ziehen. Das Corona-Virus wird so schnell nicht aus der Welt verschwinden, Wissenschaftler warnen vor der Gefahr weiterer Pandemien in einem »pandemischen Zeitalter«. In Anbetracht der notwendigen, aber durchaus einschneidenden Freiheitsbeschränkungen in der Notsituation der Pandemie scheint mir die entscheidende Lehre weniger in der Einschränkungsbereitschaft der Bürgerinnen und Bürger zu liegen, sondern vielmehr in der Möglichkeit, diejenigen Infrastrukturen nachhaltig zu verbessern, deren Mängel wir wie durch ein Brennglas gesehen haben.

Die Wirklichkeit in unserer Demokratie

Wir befinden uns im Zuge der Krisen auch in einer Neuvermessung des Verhältnisses von Demokratie und Wissenschaft. Wir sehen gerade in neuer Klarheit die Bedeutung der Naturwissenschaften für eine demokratische Problembewältigung. Wir haben in der Krise aber auch gelernt, die Sphären demokratischer Politik und wissenschaftlicher Erkenntnis deutlicher zu unterscheiden. Die demokratische Gewichtung unterschiedlicher Ziele wie auch die Abwägung unterschiedlicher Wege muss wissenschaftliche Erkenntnisse einbeziehen, Entscheidungen ergeben sich daraus aber nicht. Und manchen, die vielleicht die Hoffnung hatten, dass sich

demokratischer Streit durch wissenschaftliche Erkenntnis ausräumen lasse, will ich sagen: Die Vernunft und die Stärke unserer Demokratie beruht gerade in ihrer Kraft, um die beste Lösung zu ringen. Das gilt im Übrigen auch für den wissenschaftlichen Fortschritt selbst. Auch hier ist es selten die Übereinstimmung, sondern vielmehr der Wettstreit unterschiedlicher Positionen, der zu neuen, von allen anerkannten Erkenntnissen führt.

Die Grenze einer pluralen Demokratie wie auch einer pluralen Wissenschaft ist allerdings dort überschritten, wo bewusst Lügen verbreitet, Tatbestände manipuliert oder Wirklichkeit und Wahrheit ganz bestritten werden. Hannah Arendt hat vor mehr als fünfzig Jahren in ihrem berühmten Essay über »Wahrheit und Politik« keinen Zweifel daran gelassen, dass wir es mit einem »politischen Problem allererster Ordnung« zu tun haben, wenn die »faktische Wirklichkeit selbst« auf dem Spiel steht. »Meinungsfreiheit«, schrieb sie damals, »ist eine Farce, wenn die Information über die Tatsachen nicht garantiert ist.« Was aber bedeutet es für liberale Gesellschaften, wenn der öffentliche Meinungsstreit nicht mehr auf der Grundlage von allgemein anerkannten Fakten geführt wird, wenn die Trennlinie zwischen Tatsachen und Meinungen verschwimmt und behauptet wird, Fakten seien eben auch bloß Ansichtssache?

Als Garant für republikanische Informiertheit, vorinstitutionelle Debatte wie auch institutionelle Kontrolle ist eine *starke und unabhängige Medienlandschaft* unverzichtbar – öffentlich-rechtlich und privat –, in der nicht nur Fakten geprüft und aufgearbeitet, sondern in der auch unterschiedliche Einschätzungen und Perspektiven aufeinandertreffen und verhandelt werden. Viele Länder beneiden uns um die Medienqualität und Medienvielfalt unserer Republik. Das im Zuge der digitalen Transformation und der damit verbundenen Verschiebung der Machtverhältnisse zu erhalten und zu stärken, bleibt eine der großen Herausforderungen unserer Demokratie.

Wir sehen die Potenziale zur Herstellung neuer, digitaler Öffentlichkeit, aber wir sehen auch, wie gesellschaftliche Paralleluniversen wachsen, Realitäten verschwimmen und Diskurse verrohen. Die gesellschaftliche *Gestaltung der digitalen Öffentlichkeit* steht jedenfalls erst am Anfang und verdient unseren vollen Einsatz.

Treibmittel unserer Demokratie ist auch die *Kunst* als ästhetische Auskundschaftung des Möglichen und Neuen. Ob Literatur oder Musik, ob bildende oder darstellende Kunst: Kunst ist in unserer Gesellschaft kein elitäres Projekt für wenige, sondern sie begleitet die allermeisten Menschen auf die eine oder andere Weise in ihrem Alltag. Sie ist »Lebensmittel«, das haben wir in der Pandemie sehr deutlich gemerkt. Sie ist aber auch ein elementares Mittel unserer Demokratie: Gemachte Erfahrungen werden hier lebendig, andere Möglichkeiten sichtbar und neue Anordnungen erprobt. In der Kultur führt die Gesellschaft das ständige Gespräch mit sich selbst. Eine vielfältige Kulturlandschaft ist für uns unverzichtbar. Und auch hier beruht die Notwendigkeit des Dialogs zwischen Politik und Kunst gerade auf der deutlichen Unterscheidung der beiden Sphären. Kunst kann Denk- und Erfahrungsräume aufstoßen, die auch unseren politischen Horizont in der Demokratie erweitern. Sie tut das aber gerade dadurch, dass sie nicht auf irgendwelche Ziele verpflichtet ist, auch nicht auf Demokratie, Vernunft oder eine bestimmte Vorstellung vom guten Leben. Genau darin liegt ihre Kraft – für unsere Leben, aber auch für unsere Republik.

Die Zuversicht eines republikanischen Selbstbewusstseins

Die bloße Proklamation eines neuen republikanischen Selbstbewusstseins mag nochmals deutlich machen, dass zwischen dem aktiven Mitwirken der Bürgerinnen und Bürger und der gesellschaftlichen Bindekraft unserer demokratischen Institutionen ein Zusammenhang besteht. Ob es allerdings gelingt, diese Haltung tatsächlich aus dem Himmel der Ideen herab in die politische

Praxis zu holen, entscheidet sich an der *Arbeit an den konkreten Aufgaben*. Republikanische Leidenschaft ist für die Demokratie unverzichtbar, denn sie geht über die enge Kalkulation privater Interessen hinaus. Sie identifiziert sich mit der *res publica*. Sie nimmt Rücksicht, und sie schaut voraus. Sie fragt, was einem vielfältigen Ganzen nutzt und unsere Zukunft als Gesellschaft fördert. Sie ist aber mehr noch als eine Idee vor allem *ein Tun, eine Praxis*, deren Möglichkeit eine starke institutionelle und vorinstitutionelle Bedingung hat: das Bestehen pluraler und zugleich gemeinsamer Orte der Einmischung und Entscheidung.

Ein Republikanismus, der seine Stärke in einem restaurativen Zurücksetzen der Zeitläufte suchte, sich also gegen Individualisierung, Pluralisierung, Europäisierung oder Globalisierung stellte, würde nicht nur die Wucht dieser Entwicklungen völlig unterschätzen, er würde auch sein eigenes Ziel unterlaufen: die Festigung unserer liberalen Demokratie für die Zukunft.

Unsere Republik lebt hingegen von dem Stolz auf das gemeinsame Haus unserer demokratischen Institutionen, das wir in vielfältiger Gemeinsamkeit als politisch Freie und Gleiche bewohnen und instand halten. Es ist dieses republikanische Selbstbewusstsein, das unsere Demokratie in die Zukunft trägt – und zugleich ihre Abwehrkräfte stärkt!

WELCHE ZUKUNFT HAT DER WESTEN?

Von der Herausforderung unserer Werte

Heinrich August Winkler

Das unvollendete Projekt

Bemerkungen zur Krise der politischen Kultur des Westens

Historiker sind nach einem bekannten Wort von Friedrich Schlegel rückwärts gekehrte Propheten. Sie tun deshalb gut daran, sich als Futurologen eine gewisse Zurückhaltung aufzuerlegen. Auf die Frage, ob der Westen eine Zukunft hat, drängt sich einem Historiker zunächst die Gegenfrage auf, was es denn mit der Geschichte des Westens auf sich hat. Oder anders gewendet: Was meint der Begriff »Westen« eigentlich?

Gelegentlich liest man, der »Westen« sei ein Konstrukt aus der Ära des Kalten Krieges, der Zeit des Weltgegensatzes zwischen westlichen Demokratien und kommunistischen Systemen vom Ende des Zweiten Weltkriegs bis zum Untergang erst des Ostblocks, dann der Sowjetunion. Dafür scheint zunächst manches zu sprechen, aber eine solche Verortung greift bei genauerer Betrachtung denn doch zu kurz. Was man heute den Westen nennt, reicht in vielerlei Beziehung bis ins hohe Mittelalter zurück. Am Anfang war, so könnte man überspitzt formulieren, der Investiturstreit des späten 11. und frühen 12. Jahrhunderts, der mit einem historischen Kompromiss – der ansatzweisen Trennung der Sphären von Papst und Kaiser beziehungsweise Königen, also von geistlicher und weltlicher Gewalt – endete. Es war die erste in einer Reihe von Gewaltenteilungen, der die Trennung von fürstlicher und ständischer Gewalt, gipfelnd in der englischen Magna Charta von 1215, und später die von Montesquieu 1748 auf den Begriff gebrachte klassische Gewaltenteilung, die Trennung von gesetzgebender, ausführender und rechtsprechender Gewalt, folgten.

Es war nur das Europa der Westkirche, das lateinische Europa, das von dieser Tradition der Gewaltenteilung geprägt wurde, nicht das orthodoxe Europa, wo die geistliche Gewalt der weltlichen Gewalt untergeordnet blieb und das Gottesgnadentum des Monarchen bis zuletzt von ganz anderer Qualität war als im Westen. Die Entwicklung von einem rudimentären Dualismus zum institutionellen Pluralismus und zu einer Kultur des Individualismus hat nur der Westen Europas durchlaufen. Nur dieser Teil des alten Kontinents erlebte die Emanzipationsprozesse des späten Mittelalters und der frühen Neuzeit, die Renaissance und den Humanismus, die Reformation und die Aufklärung.

Zur Zeit von Montesquieu gab es neben dem alten, dem europäischen Westen längst einen neuen transatlantischen Westen. Dort, auf britischem Kolonialboden in Nordamerika, wurde mit der »Virginia Declaration of Rights« vom 12. Juni 1776, drei Wochen vor der amerikanischen Unabhängigkeitserklärung, die erste Menschenrechtserklärung der Geschichte verabschiedet. Die Idee der unveräußerlichen Menschenrechte wanderte wenig später dorthin, wo ihre geistesgeschichtlichen Wurzeln lagen: nach Europa. Die stark von amerikanischen Vorbildern geprägte Erklärung der Menschen- und Bürgerrechte durch die Nationalversammlung des revolutionären Frankreich vom 26. August 1789 war neben der Unabhängigkeitserklärung und der Verfassung der Vereinigten Staaten eine der klassischen Manifestationen des normativen Projekts des Westens: die Summe der politischen Errungenschaften der Aufklärung. Dazu gehören die Menschen- und Bürgerrechte, die Herrschaft des Rechts, die Gewaltenteilung, die Volkssouveränität und die repräsentative Demokratie.

Das normative Projekt des Westens war nie dasselbe wie die gesellschaftliche und politische Praxis des Westens. Zu den Unterzeichnern der ersten Menschenrechtserklärungen gehörten Sklavenbesitzer. Aber diese Erklärungen waren klüger als ihre oft in rassistischen und männlichen Vorurteilen befangenen Verfasser. Auf

den Fundamentalsatz, dass alle Menschen von ihrem Schöpfer mit gleichen Rechten geschaffen worden sind, konnten sich auch diejenigen berufen, die ganz oder teilweise von ihnen ausgeschlossen waren: die amerikanischen Ureinwohner etwa, die aus Afrika zwangsimpортиerten Sklaven und – was die Bürgerrechte angeht – die Frauen. Aus diesem Widerspruch zwischen Projekt und Praxis erklärt sich zu einem guten Teil die innere Dynamik des Westens in der Folgezeit oder, anders gewendet, die Verwandlung eines normativen Projekts in einen normativen Prozess.

Die Geschichte der westlichen Welt war seit den beiden atlantischen Revolutionen des späten 18. Jahrhunderts auf weiten Strecken dreierlei: erstens eine Geschichte von Kämpfen um die Aneignung oder Verwerfung der Ideen von 1776 und 1789; zweitens eine Geschichte größter Verstöße gegen diese Werte – Sklavenhandel und Sklaverei, Rassismus, Kolonialismus und Imperialismus –; drittens eine Geschichte von Selbstkritik und Selbstkorrekturen, also von Lernprozessen. Abgeschlossen ist diese Geschichte bis heute nicht.

In kaum einem Land des alten Westens war der Widerstand gegen einige der Ideen von 1776 und 1789 so hartnäckig und massiv wie in Deutschland. Es hatte zwar einen höchst aktiven Anteil an der europäischen Aufklärung, verweigerte sich aber einigen ihrer politischen Konsequenzen. Es brachte im 19. Jahrhundert eigene Formen von Rechtsstaat hervor, sperrte sich jedoch gegen die Ideen der Volkssouveränität und der repräsentativen Demokratie. Der Erste Weltkrieg wurde von deutschen Intellektuellen zum Kampf zwischen den westlichen Ideen von 1789 – also Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit – und den angeblich überlegenen »deutschen Ideen von 1914« – Werten wie Ordnung, Zucht und Innerlichkeit – erklärt. Der Höhe- oder besser Tiefpunkt der deutschen Auflehnung gegen die politischen Ideen des Westens war die Herrschaft des Nationalsozialismus. Erst nach seiner Niederwerfung durch die Alliierten im Jahr 1945 vollzog sich im Westen des geteil-